

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Katayun Pracher-Hilander
an den Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport
betreffend **EU-weite Altersverifikation, mögliche Integration auf Betriebssystemebene und Auswirkungen auf die digitale Identität**

Die Europäische Kommission treibt derzeit die Einführung einer europaweit einsetzbaren Lösung zur Altersverifikation voran.¹ Nach den veröffentlichten Unterlagen soll Nutzern künftig ermöglicht werden, gegenüber Online-Diensten nachzuweisen, dass sie ein bestimmtes Mindestalter erreicht haben, ohne dabei ihr konkretes Geburtsdatum oder ihre vollständige Identität offenlegen zu müssen. Langfristig ist vorgesehen, dass diese Lösung mit der European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) interoperabel sein soll.

Parallel dazu wird in den USA diskutiert, ob entsprechende Altersnachweise künftig möglichst tief in Betriebssysteme mobiler Endgeräte integriert werden sollen, um Altersprüfungen plattformübergreifend durchführen zu können (siehe Digital Assurance Act S. 5090).² Befürworter sehen darin eine datenschutzfreundliche Möglichkeit, Minderjährige besser vor entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten zu schützen. Kritiker warnen hingegen vor einer schleichenden Ausweitung digitaler Identitätsnachweise auf immer mehr Lebensbereiche sowie vor der Gefahr, dass technische Alterskontrollen künftig faktisch zu einer allgemeinen Identitätsinfrastruktur für den Zugang zu digitalen Diensten werden könnten.³

Gerade weil Betriebssysteme die technische Grundlage nahezu sämtlicher digitaler Anwendungen bilden, stellt sich die Frage, welche Rolle Österreich bei der Entwicklung und Umsetzung entsprechender europäischer Vorhaben einnimmt und welche datenschutzrechtlichen sowie grundrechtlichen Vorkehrungen vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport nachstehende

Anfrage

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über US-Pläne zur Integration einer Altersverifikation auf Betriebssystemebene?
2. Welche Position vertritt Österreich in den entsprechenden Arbeitsgruppen der Europäischen Union?
3. Ist Österreich an Pilotprojekten oder technischen Testläufen beteiligt?
 - a. Wenn ja, in welcher Form?
4. Welche Bundesministerien und Behörden sind mit diesem Thema befasst?

¹ https://commission.europa.eu/news-and-media/news/commission-urges-fast-rollout-age-verification-app-2026-04-29_de (aufgerufen am 28.09.2026)

² <https://www.congress.gov/bill/119th-congress/senate-bill/5090/text> (aufgerufen am 28.09.2026)

³ <https://tkp.at/2026/08/03/alterspruefung-in-jedem-betriebssystem-der-naechste-schritt-zur-digitalen-identitaetskontrolle/> (aufgerufen am 28.09.2026)

5. Welche technischen Modelle der Altersverifikation werden derzeit auf EU-Ebene diskutiert?
6. Ist vorgesehen, dass Altersnachweise künftig unmittelbar durch Betriebssysteme verwaltet oder bereitgestellt werden können?
7. Welche Rolle soll dabei die European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) spielen?
8. Ist vorgesehen, dass Altersnachweise dauerhaft auf Endgeräten gespeichert werden?
9. Welche personenbezogenen Daten wären hierfür erforderlich?
10. Welche Daten würden ausschließlich lokal auf dem Endgerät gespeichert?
11. Welche Daten würden an Plattformbetreiber oder sonstige Dritte übermittelt?
12. Welche Daten würden staatlichen Stellen zugänglich sein?
13. Ist vorgesehen, dass lediglich das Erreichen einer bestimmten Altersgrenze bestätigt wird oder sollen darüber hinaus weitere personenbezogene Informationen übermittelt werden?
14. Welche technischen Maßnahmen sollen sicherstellen, dass das Nutzungsverhalten der Bürger nicht nachvollzogen werden kann?
15. Welche Maßnahmen sollen verhindern, dass die Infrastruktur künftig für allgemeine Identitätsprüfungen verwendet wird?
16. Ist ausgeschlossen, dass dieselbe technische Infrastruktur künftig auch für andere Berechtigungs- oder Identitätsnachweise genutzt wird?
17. Welche gesetzlichen Änderungen wären für die Umsetzung in Österreich erforderlich?
18. Plant die Bundesregierung diesbezüglich Gesetzesänderungen?
19. Hat die Bundesregierung datenschutzrechtliche Folgenabschätzungen durchgeführt oder erhalten?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
20. Welche Risiken sieht Ihr Ressort hinsichtlich des Datenschutzes bei der genannten Art der Verifikation?
21. Welche Risiken sieht die Bundesregierung hinsichtlich der informationellen Selbstbestimmung?
22. Welche Risiken bestehen hinsichtlich der Erstellung von Bewegungs-, Kommunikations- oder Nutzungsprofilen?
23. Welche Risiken bestehen hinsichtlich einer späteren Zweckausweitung („Function Creep“)?
24. Welche Maßnahmen sollen verhindern, dass Altersverifikationssysteme künftig auf weitere Lebensbereiche ausgedehnt werden?
25. Welche Rolle spielen Apple, Google und andere Betriebssystemhersteller bei den derzeitigen Planungen?
26. Finden hierzu Gespräche zwischen österreichischen Behörden und Apple, Google, Microsoft etc. statt?
 - a. Wenn ja, mit wem, wann und mit welchem Inhalt?
27. Welche Anforderungen sollen an alternative Betriebssysteme und alternative App-Stores gestellt werden?
28. Ist vorgesehen, dass Altersnachweise auch ohne laufende Internetverbindung überprüft werden können?
29. Ist vorgesehen, dass Altersnachweise vollständig anonym erfolgen können?
 - a. Wenn ja, wie soll das technisch umgesetzt werden?
30. Welche kryptographischen Verfahren sollen dabei eingesetzt werden?
31. Ist der Einsatz von Zero-Knowledge-Proofs oder vergleichbaren datenschutzfreundlichen Technologien vorgesehen?

32. Wie soll ausgeschlossen werden, dass staatliche Stellen nachvollziehen können, welche Online-Dienste ein Nutzer verwendet?
33. Wie soll ausgeschlossen werden, dass Plattformbetreiber umfassende Identitäts- oder Nutzungsprofile erstellen können?
34. Wie soll verhindert werden, dass Altersverifikation faktisch zu einer Klarnamen- oder Identifizierungspflicht im Internet führt?
35. Welche unabhängigen Kontrollmechanismen sind vorgesehen?
36. Welche Rolle kommt der österreichischen Datenschutzbehörde in diesem Zusammenhang zu?
37. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf die Meinungsfreiheit im Internet?
38. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf die Möglichkeit anonymer Meinungsäußerungen?
39. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf Journalisten, Hinweisgeber (Whistleblower) und andere Personen, die auf Anonymität angewiesen sind?
40. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf Minderjährige?
41. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf die Nutzung sozialer Medien?
42. Mit welchen Kosten rechnet Ihr Ressort für die Umsetzung der Altersverifikationslösung in Österreich?
43. Mit welchen Kosten rechnet Ihr Ressort für Unternehmen?
44. Mit welchen Kosten rechnet Ihr Ressort für Bürger?
45. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf die Einführung und künftige Nutzung der European Digital Identity Wallet?
46. Sieht Ihr Ressort die Gefahr, dass eine zunächst freiwillige Altersverifikation künftig schrittweise auf weitere digitale Dienste ausgedehnt werden könnte?
47. Welche Vorkehrungen sollen getroffen werden, um eine solche Entwicklung dauerhaft auszuschließen?
48. Hat sich Ihr Ressort bzw. die Bundesregierung auf EU-Ebene gegen eine verpflichtende Identifizierung von Internetnutzern ausgesprochen?
 - a. Wenn ja, in welcher Form?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

Bracke-Bleib

SK

HK

[Signature]

[Signature]

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-09-28T15:51:23+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	